

## **Demokratisch handeln gegen Gewalt, Hass und Hetze**

### **Entschließung des Vorstandes des dbb rheinland-pfalz**

**vom 27. Oktober 2020**



**dbb**  
**beamtenbund  
und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: [post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

Teils unfassbare Aggressivität in Sprache, Umgangsformen und konkretem Tun nimmt in immer mehr Bereichen des täglichen Lebens zu.

Besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind zunehmend Zielscheibe und Opfer für Angriffe mit verbaler sowie tätlicher Gewalt.

Ein schlimmes Beispiel ist die Attacke auf Polizeibeamte in der Nacht vom 09. auf den 10. Oktober in Andernach.

Damit und mit ähnlichen bundesweiten Fällen einher geht ein Gefühl der gesellschaftlichen Veränderung, das viele Menschen stark verunsichert.

Wir beobachten, wie unsere Gesellschaft gespalten wird, wie Menschen emotional aufgehetzt werden. Extreme Gruppierungen und Personen tragen – nicht nur im Internet – zu dieser Verrohung des Umgangs sowie zum Verlust des Anstands maßgeblich bei.

Der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz bekräftigt die Absicht und den Inhalt unserer gemeinsamen Erklärung mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz im Rahmen der seither wiederholten Aktionstage 2019 – „Mehr Respekt, bitte!“ der Landesregierung gegen Gewalt gegen Beschäftigte von Mitte März 2019.

Der dbb rheinland-pfalz ist außerdem Befürworter der Kampagne „MiteinanderGutLeben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“.

Hass, Aggression, Rassismus, Diskriminierung und Angst zerstören Gemeinschaft – egal ob in der Schule, auf dem Amt, im Betrieb, in der Nachbarschaft oder zwischen den Nationen Europas. Sachliche und respektvolle Kontroversen, wie wir sie in der pluralistischen Gesellschaft und im privaten Leben brauchen, werden dadurch zunehmend erschwert.

Diese Verrohung im sozialen und politischen Umgang wirkt sich negativ auf das Alltagsleben auch in Rheinland-Pfalz aus und ist gegen den öffentlichen Dienst deutlich spürbar.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind Menschen im Dienst der Menschen. Sie bilden, passen auf, pflegen, geben Sicherheit. Sie verwalten, halten die Dinge in Ordnung und kümmern sich verantwortungsvoll rund um die Uhr, damit unser Zusammenleben funktioniert – gerade auch in angespannten Zeiten der Covid-19-Pandemie.

Dafür verdienen sie Achtung und Respekt. Wer die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Funktionen durch Sprachverrohung, persönliche Erniedrigungen, Beleidigungen oder sogar tätliche Angriffe herabwürdigt, greift uns alle an. Diese Gewalt muss wirkungsvoll bekämpft und geahndet werden.

Wir appellieren zum landesweiten Tag der Demokratie am 04. November 2020 deshalb an alle, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so aktiv für Rechtsstaat und Demokratie einzutreten.

Dafür setzen wir uns ein.